

# Unabhängige Atomexperten sind beim Umweltdepartement unerwünscht

Das Bundesamt für Energie will Kritiker der Pläne für ein Atomendlager bremsen. Auch deshalb schwindet das Vertrauen in die Behörden.

## Von Felix Maisie

Vor zwei Wochen wurde bekannt, dass der Geologe Marco Buser unter Protest aus der Fachkommission des Bundes für die Atomsicherheit zurücktritt. Dies, weil er vor allem mit seiner Kritik an der Endlagersuche der Nagra bei den Bundesbehörden seit Jahren kein Gehör finde und das Bundesamt für Energie (BFE) nach der Pfeife der Nagra tanze.

Inzwischen zeigen Recherchen des «Tages-Anzeigers», dass Buser nicht der einzige unabhängige Atomfachmann ist, der sich mit Nagra und BFE zunehmend schlecht versteht.

## Eine «gelenkte Diskussion»

Am 13. Juni wurde der Genfer Geologieprofessor Walter Wildi, «Vater» des Schweizer Atomendlagerkonzepts und langjähriger Präsident der Kommission für nukleare Sicherheit (KSA), ins Generalsekretariat des Umweltdepartements (Uvek) von Doris Leuthard zitiert. Dort teilte man ihm mit, dass seine kritischen öffentlichen Auftritte zu den Endlagerplänen der Nagra in den potenziellen

Standortregionen nicht geschätzt würden. Die Ermahnung kam von Generalsekretär Walter Thurnherr, BFE-Vize-Direktor Franz Schnider, Michael Aebersold, Leiter der Sektion Entsorgung radioaktiver Abfälle, sowie dem Zuger Ständerat Peter Bieri als Präsident des Beirats Nukleare Entsorgung, dem auch Walter Wildi angehört. Uvek-Sprecherin Annetta Bundi bestätigt auf Anfrage das Treffen auf dem Generalsekretariat. «Dabei ging es um die Tätigkeit von Herrn Wildi im Beirat», sagt sie dazu lediglich.

«Das BFE will eine gelenkte, keine freie Diskussion über die Nagra-Endlagerpläne», sagt Wildi dazu. «Meine Fachkritik versteht man als Sabotage am Sachplanverfahren. Wer die Pläne von Nagra und BFE kritisiert, wird als Störenfried angesehen.» Beirren lässt sich der Genfer Professor von der Vorladung nicht: Er habe bereits weitere Einladungen für Vorträge, so in Jestetten, Winterthur, Frick und Aarau, sagt er.

Wildi war am 19. April auf Einladung der Regionalkonferenz Südranden, die nach Konzept und Fahrplan des BFE über ein mögliches Endlager im Westen der Stadt Schaffhausen diskutiert, an der Vollversammlung der Konferenz aufgetreten und hatte seine Kritik an den Plänen der Nagra vorgetragen. Wildi bemängelt insbesondere, dass bereits über mögliche Standorte von Oberflächenanlagen diskutiert werde, bevor man sicher sei, dass der Untergrund über-

haupt ein Endlager aufnehmen könne. Auch würden in der Frage des Zugangs zum künftigen Endlager bereits unnötig entscheidende Weichen gestellt: Die Nagra wolle lange, mit mehr Risiko behaftete Zufahrtsstollen zu den Tiefenlagern statt kurzer, wahrscheinlich sichererer Schächte. Und schliesslich wolle die Nagra die vorgeschlagenen Oberflächenanlagen, die auch eine gefährliche heisse Zelle zum Umladen des Atomabfalls umfassen sollen, allesamt über Grundwassergebiet bauen - für den Genfer Geologen ein untragbares Risiko.

## Marschhalt gefordert

Wildis Fachkritik bestärkte die Regionalkonferenz Südranden in ihrer zuvor schon skeptischen Haltung gegenüber den Endlagerplänen vor den Toren der Stadt Schaffhausen. Die Konferenz verlangt seither einen Marschhalt des Verfahrens.

Unzufrieden mit dem Tempodiktat des BFE und den Nagra-Versprechungen ist man auch im Zürcher Weinland. Die Regionalkonferenz Zürich Nordost fordert eine «Anpassung des Fahrplans». Am 16. Juni, drei Tage nach seinem Aufgebot ins Uvek, hatte Wildi auf Einladung der Regionalkonferenz in Andelfingen referiert, gemeinsam mit einem Vertreter der Nagra. Auch hier verlief die Diskussion nicht nach den Wünschen von BFE und Nagra. Grundsätzliche Sicherheitsfragen sollten in den Re-

gionalkonferenzen eigentlich gar nicht zentral und wirklich kontrovers diskutiert werden, so das Konzept des im BFE ausgeheckten Partizipationsverfahrens, das vorab die Akzeptanz für ein Endlager in den Regionen erhöhen soll.

Doch das Vertrauen in Nagra und BFE ist inzwischen vielerorts beschränkt: Wildis Einwände tauchen auch in einem Ende Juni veröffentlichten Bericht einer kantonalen Expertengruppe für Sicherheit auf, die im Auftrag der von einem Endlagerbau potenziell betroffenen Kantone die Nagra-Pläne kritisch überprüft. Die Kantonsexperten erachten insbesondere die geplante Einengung der Standorte als verfrüht und verlangen von Nagra und BFE entsprechende Anpassungen des Sachplanverfahrens.

## Bundesamt fährt unbeirrt fort

Im BFE denkt man bis jetzt aber nicht an ein Abrücken vom einmal festgelegten Fahrplan. «Zu einem Marschhalt sagen wir klar Nein», sagt BFE-Sprecherin Marianne Zünd. Der Fahrplan des Sachplanverfahrens sei flexibel genug, um auf Kritik zu reagieren und offene Fragen aufzunehmen. Zum Thema Buser und Wildi und deren Vorwürfen sage das BFE nichts - dafür sei das Uvek zuständig.

Beim aktuellen Konflikt mit Wildi und der zunehmenden Unzufriedenheit in den Regionalkonferenzen gehe es um Grundsätzliches, sagt der aus der Bun-

des-Expertenkommission zurückgetretene Marco Buser. Er teilt Wildis Fachkritik in allen Punkten und geht sogar noch weiter: Für ihn fehlt dem BFE schlicht die Fachkompetenz zur Federführung im fachlich und politisch überaus heiklen Sachplanverfahren. «Deshalb ist es heimlich eben doch die Nagra, die aus dem Hintergrund das ganze Sachplanverfahren steuert. BFE und Nagra stecken unter einer Decke», ist Buser überzeugt. Und genau das würden die Leute in den Regionen spüren und zunehmend misstrauisch werden.

## «Kritik macht Projekte besser»

«Die Dominanz der Nagra in der ganzen Endlagerfrage ist tatsächlich gross», sagt auch Thomas Flüeler, Atomfachmann im Zürcher Baudepartement und zuständig für die zwei Zürcher Regionalkonferenzen Zürich Nordost und Nördlich Läger. «Ich finde es falsch, dass die Kritik von unabhängigen Fachleuten wie Walter Wildi und Marcos Buser nicht einfach aufgenommen und ins Verfahren integriert wird», sagt Flüeler.

Das Sachplanverfahren müsste und könnte seiner Meinung nach offen weiterentwickelt werden. «Denn letztlich macht jede sachliche Kritik doch den ganzen Entscheidungsprozess und das Endlagerprojekt nur besser. Anders wird man das Vertrauen einer regionalen Bevölkerung für den Bau eines Endlagers nie gewinnen.»